

KR-Nr. 201/1994

Oetwil a.S., Richterswil und Bülach, 27. Juni 1994

**DRINGLICHE INTERPELLATION** von Peter Abplanalp (SVP, Oetwil a.S.), Max Keller (FDP, Richterswil), und René Berset (CVP, Bülach)

betreffend Behebung des Gefängnisnotstandes im Kanton Zürich

---

Im Zusammenhang mit dem skandalösen Gefängnisnotstand im Kanton Zürich bitten wir die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Am 21. Juni 1994 wurden bei einer Grossrazzia im Letten 161 illegale Aufenthalter, Tatverdächtige oder Straftäter festgenommen. Nur 32 Personen konnten jedoch in Haft genommen werden; 129 Personen, gegen welche Haftgründe vorlagen, wurden wegen fehlender Gefängnisplätze an Ort und Stelle wieder freigelassen. Von Anfang 1994 bis zum 17. Juni wurden an 80 von 168 Tagen (!) Aufnahmebeschränkungen in Polizeigefängnissen verfügt. Das heisst: durchschnittlich fast jeden zweiten Tag wurde ein teilweiser oder totaler Aufnahme- bzw. Verhaftungsstopp angeordnet; zudem konnte von rund 20 geplanten Razzien und Aktionen gegen Drogendealer wegen fehlender Gefängnisplätze nur etwa ein Drittel durchgeführt werden. Teilt die Regierung die Auffassung, dass dieser Zustand unhaltbar ist und dem Rechtsstaat schweren Schaden zufügt? Warum wurde und wird die Bevölkerung von der Justizdirektion nicht umfassend über den skandalösen Missstand bezüglich Aufnahme- und Verhaftungsstopps orientiert?
2. Verschiedene hängige oder bereits beschlossene und baureife Gefängnisprojekte werden derzeit durch Einsprachen und Rekurse blockiert. Ist die Regierung bereit, mit Notrecht bzw. Dringlichkeitsrecht für die unverzügliche Bereitstellung der nötigen Gefängnisplätze zu sorgen?
3. Die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und die Sicherheit unserer Bevölkerung setzen voraus, dass ab sofort keine weiteren Notentlassungen und keine weiteren Aufnahme- und Verhaftungsstopps mehr verfügt werden. Teilt die Regierung diese Auffassung und ist sie bereit, dafür zu sorgen, dass als Sofortmassnahme Teile der alten Strafanstalt Regensdorf so lange weitergeführt werden, bis die benötigten und bewilligten Gefängnisplätze erstellt sind? (Die Antwort der Regierung auf das Postulat KR Nr. 143/94 in dieser Sache ist wenig überzeugend).
4. Die Drogenkriminalität, insbesondere im Zusammenhang mit der katastrophalen Lettenszene, trägt zur Kriminalität und zum Gefängnisnotstand entscheidend bei. Ist die Regierung bereit, dafür zu sorgen, dass die Lettenszene rasch aufgelöst wird? Wann und mit welchen Massnahmen gedenkt sie dies zu tun?

Peter Abplanalp  
Max Keller  
René Berset

| Dr. R. Roth  
A. Stoffel  
L. Dürr  
A. Schüepp  
K. Wottle  
M. Mossdorf  
K. Weiss  
Ch. Boesch  
U. Isler  
Th. Schaub  
G. Züblin  
R. Patroni  
E. Stocker  
W. Peter  
R. Fuhrer-Honegger  
J. Jucker  
D. Stampfli  
E. Büchi  
A. Nufer  
R. Rietiker  
P. Grau  
E. Schibli  
A. Ganz  
F. Binder

M. Federer  
G. Mittaz  
P. Reinhard  
E. Bernet  
E. Frischknecht  
HP. Schneebeili  
R. Sägesser  
Dr. J. Rappold  
Dr. M. Zollinger  
E. De-Boni  
E. Kübler  
B. Zuppiger  
Th. Leuthold  
G. Schellenberg  
U. Welti  
W. Müller  
V. Krähenbühl  
R. Weilenmann  
W. Schendimann  
K. Krebs  
P. Wietlisbach  
M. Kägi  
L. Styger

Prof. Dr. R. Hirt  
M. Werner  
K. Schreiber  
U. Dieterle  
A. Rissi  
Th. Isler  
Dr. L. Briner  
Dr. C. Gattiker  
R. Stucki  
O. Bachmann  
B. Bösel  
H. Schmid  
W. Haderer  
B. Kuhn  
Dr. H. Weigold  
H. Wiederkehr  
HP. Züblin  
J. Vollenweider  
P. Zweifel  
E. Kupper  
H. Fehr  
H. Rutschmann  
A. Schneider-Schatz

Begründung:

Trotz des massiven Drucks von verschiedenen Seiten, namentlich von der SVP, hält der folgeschwere Gefängnisnotstand an. Tatverdächtige oder Straftäter können damit rechnen, gar nicht verhaftet oder zumindest nach kurzer Zeit wieder freigelassen zu werden. Dieser Zustand ist skandalös.

Dazu kommt, dass die hängigen oder bereits beschlossenen Gefängnisprojekte zum grossen Teil durch Einsprachen und Rekurse blockiert werden.

Diese unhaltbare Situation kann nicht länger hingenommen werden. Es sind unverzüglich Sofortmassnahmen zur Sicherstellung von zusätzlichen Gefängnisplätzen zu treffen.

Ebenso muss mit Notrecht dafür gesorgt werden, dass blockierte Gefängnisprojekte rasch realisiert werden.

Die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und die Sicherheit der Bevölkerung verlangen ein rasches und energisches Handeln der Regierung.